

Stellungnahme der Niedersächsischen Landjugend e.V.

Hannover, 16.03.2021

Niedersächsische Landjugend kritisiert CO2-Steuer auf Kraftstoffe

„Was den Kraftfahrzeug-Verkehr angeht, ist die von Bundesumweltministerin Schulze vorgeschlagene CO2-Steuer auf Kraftstoffe für den ländlichen Raum ein Schlag ins Gesicht“ so beurteilte Jan Hägerling, Landesvorsitzender der Niedersächsischen Landjugend, im April 2019 die Anreizinitiative zur Förderung erneuerbarer Energien.

Im November 2020 ist diese Änderung im Rahmen des Klima-Schutzprogramms 2030 der Bundesregierung in Kraft getreten und seit dem 01. Januar 2021 gelten für Teile der Bevölkerung spürbare Veränderungen. Insbesondere die Anpassung im Bereich der Kraftstoffe trifft die ländliche Bevölkerung mehr als Bewohner urbaner Ballungsgebiete. „Wir müssen uns alle Gedanken zum Einsparen von CO2 machen. Das darf aber nicht massiv zu Lasten der Mitmenschen auf dem Land geschehen“, so Hägerling weiter. Die Konsequenzen einer solchen Besteuerung treffen nicht alle gleichermaßen und bringen vor allem für Menschen in ländlichen Regionen viele Nachteile mit sich. Deshalb lehnt die Niedersächsische Landjugend die Einführung der CO2-Steuer auf Kfz-Kraftstoffe weiterhin klar ab. Junge Menschen auf dem Land sind darauf angewiesen, mit dem Auto von „A nach B“ zu kommen und können sich selten Fahrzeuge mit alternativen Antrieben leisten.

Generell sind Menschen, die in ländlichen Regionen leben, stärker auf den Automobilverkehr angewiesen. Vielfach fehlt die Möglichkeit, um mit Bus oder Bahn zur Arbeit fahren zu können. Gleiches gilt auch für die Produktion und Logistik in der Landwirtschaft. Ohne Traktor, der mit Diesel betrieben wird, können keine Lebensmittel auf den Äckern angebaut und geerntet werden. Hier wird zwar seit Jahren nach alternativen Antrieben gesucht und in innovative Technologien investiert, dies braucht aber Zeit.

Außerdem stellt es keine wesentliche Erleichterung dar, dass die Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent pro Kilometer angehoben wurde, da dies nur Fahrten zur Arbeitsstelle betrifft. Bereiche, wie beispielsweise die allgemeine Versorgung, Freizeit oder Arztbesuche sind vollkommen ausgenommen „Sicherlich haben Menschen, die in ländlichen Regionen leben, wesentlich häufiger einen längeren Arbeitsweg und profitieren möglicherweise von dieser Erhöhung. Allerdings wird diesen Menschen auf kurze Sicht keine adäquate Alternative durch einen öffentlichen Personennahverkehr geboten“ so Hägerling abschließend.

